

# Pressemitteilung



## 118. Deutscher Ärztetag

Pressestelle der  
deutschen Ärzteschaft

## 118. Deutscher Ärztetag beendet – Zusammenfassung III

Herbert-Lewin-Platz 1  
10623 Berlin

Frankfurt am Main, 15.05.2015 - Ärzte müssen über die für die Berufsausübung erforderlichen Sprachkenntnisse verfügen. Das hat der 118. Deutsche Ärztetag als Voraussetzung für die Erteilung der Approbation oder Berufserlaubnis gefordert. Die Bundesländer wurden aufgefordert, die kompetente Sprachverwendung orientiert am Sprachniveau C1 zu überprüfen. Gleichzeitig müssten Fördermöglichkeiten zur besseren Integration von ausländischen Ärzten geschaffen werden.

Dringlich forderten die Abgeordneten die Bundesregierung dazu auf, die Kompetenz der Organisation „Ärzte ohne Grenzen e. V.“ bei der Bekämpfung von Epidemien und Pandemien zu beachten und zu nutzen. Deren Informationen seien zeitnah in die politischen Entscheidungen einzubeziehen.

Außerdem forderten die Abgeordneten den Gesetzgeber und die Universitäten auf, bundesweit von Studienbeginn an eine zeitgemäße und praxisorientierte Lehre einzuführen. Diese solle größere praktische Anteile und einen fächer- und wissensübergreifenden Unterricht beinhalten. „Dabei sollte die aktuelle Versorgungsrealität Berücksichtigung finden – hier im Besonderen sowohl die stationäre als auch die ambulante Tätigkeit der Ärzte mit unterschiedlichen Aspekten“, heißt es in dem Entschließungsantrag.

Der 118. Deutsche Ärztetag sprach sich auch für eine Stärkung der wissenschaftlichen Kompetenz im Medizinstudium aus. Vor diesem Hintergrund sollten Gesetzgeber und Universitäten die ärztliche Ausbildung weiterentwickeln. Dies schaffe die Grundlage für ein fundiertes wissenschaftliches Verständnis in der späteren ärztlichen Tätigkeit sowie für eine weitergehende Beschäftigung in der Forschung.

In einem weiteren Antrag stellte sich die Ärzteschaft einem Abbau der Lehrstühle für Medizinische Informatik entgegen. Sie forderte

Diese Pressemitteilung finden Sie auch im Internet unter [www.bundesaerztekammer.de](http://www.bundesaerztekammer.de)

Ansprechpartner:  
Alexander Dückers  
Samir Rabbata  
Tel. (030) 40 04 56-700  
Fax (030) 40 04 56-707  
[www.bundesaerztekammer.de](http://www.bundesaerztekammer.de)  
[presse@baek.de](mailto:presse@baek.de)

die Bundesländer und die medizinischen Fakultäten auf, die Voraussetzungen für die zunehmend wichtige Ausbildung im Bereich der medizinischen Informatik zu erhalten und auszubauen.

Der 118. Deutsche Ärztetag hat sich für eine Förderung der Aus- und Weiterbildung im Fachbereich Hygiene und Umweltmedizin ausgesprochen. Der Medizinische Fakultätentag solle auf die Universitäten hinwirken, noch vorhandene Lehrstühle für Hygiene zu erhalten. Wo diese bereits abgeschafft wurden, müssten entsprechende Lehrstühle neu etabliert werden.

Der 118. Deutsche Ärztetag hat Bund und Länder aufgefordert, das Kapazitätsrecht so zu ändern, dass Medizinstudierende mit Teilstudienplatz nach dem ersten Abschnitt der ärztlichen Prüfung nahtlos in das klinische Semester wechseln können. Für die Übergangszeit sollten die Fakultäten Überbrückungsmöglichkeiten bei der Wartezeit auf den Vollstudienplatz verbessern. Auch die Bewerbung an anderen Fakultäten müsse erleichtert werden.

Der 118. Deutsche Ärztetag hat den Gesetzgeber aufgefordert, das BAföG an PJ-Abschnitte im Ausland anzupassen. Auch diejenigen Abschnitte des Praktischen Jahres, die Medizinstudierende im Ausland verbringen, sollten unabhängig von deren Dauer als förderungswürdig anerkannt werden.

Außerdem setzte sich der 118. Deutsche Ärztetag für eine uneingeschränkte Mobilität im Praktischen Jahr ein. Die medizinischen Fakultäten und Landesprüfungsämter sollten die Vorgaben der ärztlichen Approbationsordnung durch entsprechende Ausführungsbestimmungen bundeseinheitlich umsetzen. „Dazu gehört auch die Möglichkeit der Ableistung von mindestens zwei Tertialen im Ausland“, heißt es in dem Antrag.

Der 118. Deutsche Ärztetag hat sich für eine weltweite Ächtung von Cyberangriffen, insbesondere auf Einrichtungen des Gesundheitswesens, ausgesprochen. Das Gesundheitsnetz sei ein hoch sensibles Netz. Daher könne ein Angriff schnell zu einer Gefährdung und Verängstigung der Bevölkerung führen. „Deshalb

sollte gerade dieses Netz besonderen Schutz erfahren“, heißt es in dem Entschließungsantrag.